

Versagen der Zentralgewerkschaften

Der DGB will sich an die Spitze des Protests gegen den Sozialkahltschlag drängen, weicht aber den eigentlichen Problemen aus.

Im Wirtschaftsteil der Süddeutschen Zeitung vom 13. Januar 2004 stellt Robert Jakobi die Positionen des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer dar. Die Themen der DGB-Spitze konzentrieren sich auf Bildungspolitik, Steuerreform und Ausbildungsumlage. Daß allein im Jahr 2003 rund 300.000 Mitglieder bei den DGB-Gewerkschaften ausgetreten sind, kommentiert Sommer lapidar: Es seien vor allem Arbeitslose gewesen. Daß sich der Mitgliederschwund bei den großen DGB-Gewerkschaften fortsetzt, bleibt unreflektiert.

Der bei allen großen DGB-Gewerkschaften zu beobachtende Mitgliederschwund ist nicht verwunderlich, denn die Verschlechterungen z.B. durch die verabschiedeten Hartz-Gesetze haben diese Gewerkschaften mitgetragen. Durch die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird für jeden Erwerbsfähigen jede Arbeit zumutbar. Damit ist „gemeinnützige Arbeit“ zu einem Schandlohn für alle Arbeitslosen-II-BezieherInnen legitim. Diese Zwangsarbeitsplätze sollen um 200.000 aufgestockt werden. Das ist zugleich ein massiver Angriff auf die Löhne des öffentlichen Dienstes. Hierzu gibt es keine Reaktion des ver.di-Bundesvorstandes.

Erst durch entsprechende Dumpingtarifverträge des DGB (BZA-IGZ-Leiharbeitstarifverträge) wurden Teile der Hartz-Gesetze umgesetzt und wirksam. Ohne diese Tarifverträge gälte heute für LeiharbeiterInnen nach AÜG §3 (1) 3 gleicher Lohn für gleiche Arbeit (Equal pay – Equal treatment). Betroffen sind dadurch letztlich alle Beschäftigten, aber vor allem Arbeitslose, indem sie zu Dumpinglöhnen über Personalserviceagenturen (PSA) zwangsbeschäftigt werden können. Selbst der DGB unterhält durch sein Berufsbildungswerk (bfw) über dessen Tochtergesellschaft inab GmbH Personalserviceagenturen, unter anderem auch in Frankfurt, vgl.

www.arbeitsamt.de/frankfurt_main/aktuelles/psa_aa_ffm/.

Statt sich für die Rechte der Beschäftigten einzusetzen, stützt der DGB den Sozialkahltschlag der derzeitigen Politik. Die DGB-Führung scheint ernsthaft zu glauben, die Hartz-Pläne und des Kanzlers Agenda 2010 ließen sich sozialverträglich mitgestalten. Sozial- und Lohnabbau aber lassen sich nicht sozialverträglich gestalten!

Weil die Gewerkschaftsspitzen angesichts ihrer eigenen Verwicklung in diese Mißstände begrifflicherweise keine größeren Aktionen dagegen organisierten und somit klar wurde, daß die Führungen der DGB-Gewerkschaften längst das Lager gewechselt haben, gab es am 16.08.2003 im Bürgerhaus Bornheim in Frankfurt auf Einladung der bundesweiten Anti-Hartz-Bündnisse die erste Aktionskonferenz gegen die Agenda 2010. Auf dieser Aktionskonferenz wurde beschlossen, eine Großdemonstration am 1. November 2003 in Berlin zu organisieren. Obwohl keine Großorganisationen wie die DGB-Gewerkschaften zu dieser Demonstration aufgerufen hatten und auch Attac erst sehr spät den Aufruf unterstützte, kamen dennoch unerwartet über 100.000 Menschen.

Die DGB-Führung hat den Rückhalt vieler Mitglieder verloren. Doch das will sie sich nicht zugestehen und versucht jetzt, ihre eigene Krise durch das Vorpreschen zu gelenktem Protest zu vertuschen. Ihre Forderungen bleiben vage und nichtssagend, ihre geplanten Proteste sind reine Imagepflege.

Unter diesem Horizont scheint die Aktionskonferenz am 17./18. Januar 2004 in Frankfurt geplant zu sein. Selbst ver.di-Chef Bsirske wollte man als Redner für diese Aktionskonferenz gewinnen, obwohl er dafür sorgte, daß der Aufruf zur Demonstration am 1. November 2003 in Berlin nicht von ver.di mitgetragen wurde.

*** Wir fordern die Rücknahme aller Hartz-Gesetze, der Agenda 2010 und die Rücknahme der Gesundheits- und Renten“reform“. Zu diesem Zweck muß es eine weitere zentrale Demonstration gegen die Pläne der Unternehmer und ihrer Bundesregierung in Berlin geben.**

*** Wir fordern von allen Gewerkschaften, endlich klare Positionen zu beziehen, die Belegschaften in den Betrieben zu Massenstreiks zu ermutigen und sie darin zu unterstützen.**

*** Wir unterstützen die Studierenden in ihrem Kampf u.a. gegen Studiengebühren.**

*** Bildet Basisgewerkschaften, damit wir auch ohne DGB kampffähig werden.**

FAU★IAA
Gewerkschaft für alle Berufe

F.A.U. – Frankfurt
Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt

<http://www.fau.org>

ViSdP: Voltairine de Cleyre